

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	30
		<b>TOP:</b>	1
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	687/2022
		<b>GZ:</b>	SWU
<b>Sitzungstermin:</b>	31.01.2023		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Thürnau, BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Dr. Oediger (ASW)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Klemm / th		
<b>Betreff:</b>	<b>Gewerbegebietsmanagement Weilimdorf - Machbarkeitsstudie / Städtebaulich-freiräumliche Weiterentwicklung Nord-Süd-Korridor</b>		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik v. 24.01.2023, öffentlich, Nr. 12  
Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 12.12.2022, GRDRs 687/2022, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die Machbarkeitsstudie wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Sie dient als Grundlage für das weitere planerische Handeln.
2. Eine Mitwirkungsbereitschaft der privaten Grundstückseigentümer vorausgesetzt, wird die Verwaltung beauftragt, auf Basis der vorliegenden Ergebnisse der Machbarkeitsstudie die Auslobung eines städtebaulich-freiräumlichen Planungswettbewerbs vorzubereiten.

Ein Vortrag der Verwaltung zu dem Sachverhalt wird von den Ausschussmitgliedern auf Nachfrage des Vorsitzenden nicht gewünscht.

Aus dem Bezirksbeirat, so StRin Schiener (90/GRÜNE), sei zunächst die Frage aufkommen, ob die aktuellen Bedarfe vor dem Hintergrund von Leerständen und der

Wandlung der Arbeitswelt erneut abgefragt würden, auch mit Blick auf die ÖPNV-Anbindung und die Anzahl der Stellplätze. In dem Zusammenhang transportiert die Stadträtin auch die Bitte des Bezirksbeirats nach der Berücksichtigung von Räumlichkeiten für Handwerksbetriebe vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl von Büros.

Dazu erläutert Herr Dr. Oediger, die Bedarfsfrage sei gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung erörtert und das Nutzungsspektrum stark erweitert worden: Neben Büroräumen seien auch Handwerk und leichte Produktion Themen gewesen. Die Verwaltung meine, dass aufgrund der heutigen und künftig noch besseren Zentralität durch den Stadtbahnanschluss genau dieses Gebiet durchaus interessant werde für den mittel- und langfristigen Bedarf bestehender Betriebe. Gleichzeitig - und das sei wichtig - müsse im ersten Schritt der Rat seinen Willen zur veränderten Zielsetzung bekunden. Danach könne man im nächsten Schritt auf die diversen privaten Eigentümer der Stellplatzflächen zugehen und abfragen, ob und in welcher Form ein Entwicklungsinteresse bestehe. Grundsätzlich strebe man eine einheitliche Weiterentwicklung an und hoffe auf einen Konsens mit den Privateigentümern, zumindest in bestimmten räumlichen Abschnitten. Im dritten Schritt melde man schließlich Mittel zum nächsten Doppelhaushalt für einen Planungswettbewerb an. Sofern der Rat diese bereitstelle, werde eine entsprechende Vorlage mit den Planungszielen erstellt.

Auch die Freien Wähler, so StR Schrade (FW) anschließend, setzten sich bekanntlich für Flächen für Handwerksbetriebe ein. Dabei verweist der Stadtrat auf den Antrag Nr. 301/2021 seiner Fraktion, der seinerzeit abschlägig beschieden worden sei. Jetzt aber biete sich die Möglichkeit, entsprechende Flächen zu schaffen - die Mitwirkung der Grundstückseigentümer vorausgesetzt. Aus dem von Herrn Dr. Oediger erwähnten "langen Entwicklungshorizont" wolle er das P+R ausnehmen, in der Realisierung vorziehen und bestenfalls vorrangig behandelt sehen, fährt der Stadtrat fort. Aufgrund der Infrastruktur (Autobahnanschlussstelle, U13 nach Hausen) böte sich das seiner Ansicht nach geradezu an.

Das bestätigt Herr Dr. Oediger, stellt aber klar, die Geschwindigkeit der Umsetzung hänge nicht von der Verwaltung, sondern vor allem von einem Konsens und Zusammenschluss der Privateigentümer, z. B. in einer Entwicklungsgesellschaft, ab. Daneben werde es ämterübergreifende Gespräche bei der Stadt und mit dem Verband Region Stuttgart als Verantwortliche für das P+R bei der Frage nach dem Bedarf geben.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stellt BM Thürnau fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Klemm / th

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)  
Baurechtsamt (2)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister  
SSB  
VVS
  2. OB/82
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
Liegenschaftsamt (2)
  4. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
  5. Referat T  
Hochbauamt (2)  
Tiefbauamt (2)  
Tiefbauamt/SES  
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
  6. *BezA Weilimdorf*
  7. Amt für Revision
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. *CDU-Fraktion*
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *FDP-Fraktion*
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

*kursiv = kein Papierversand*